

IG BCE und Ver.di schließen Tarifvertrag mit Energieunternehmen für den Strukturwandel ab

„Im Zusammenhang mit der von der Bundesregierung beabsichtigten Beendigung der Braunkohleförderung und Braunkohleverstromung sowie der Steinkohleverstromung (nachfolgend gemeinsam Kohleausstieg) hat die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ in ihrem Abschlussbericht vom 26.01 2019 u.a. Empfehlungen zur sozialverträglichen Ausgestaltung des bis spätestens Ende 2038 abzuschließenden Kohleausstiegs gegeben.“

Dieser Text ist der erste Absatz in den von den Gewerkschaften ver.di und IG BCE und den Arbeitgeberverbänden am 22. Januar 2020 unterschriebenen Eckpunktepapier zum „Kohleausstieg“. In diesem Eckpunktepapier werden die Bedingungen für den sozialverträglichen Ausstieg aus der Förderung und Verstromung der Braun- und Steinkohle sowie die tarifliche Ausgestaltung festgeschrieben. Im Kohleausstiegsgesetz ist festgehalten, dass nur Unternehmen mit den staatlichen „Ausgleichszahlungen“ rechnen können, die mit den beteiligten Gewerkschaften einen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Ende August wurde Vollzug gemeldet: es gab die ersten Tarifverträge mit den Energiekonzernen, allen voran mit RWE zum Strukturwandel im Rheinischen Revier und den ersten still zu legenden Kraftwerken. Damit ist wiederum ein weiterer Baustein für den viel zu späten Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 geformt worden. Wäre es nicht möglich, auch für einen Kohleausstieg bis 2030 solche Regelungen zu treffen? Hätte es nicht gerade ver.di gut zu Gesicht gestanden, sich dafür einzusetzen und den Schulterschluss mit der Klimabewegung zu vollziehen? Nicht nur die Verkehrswende, sondern gerade die Energiewende muss schnellstens angegangen werden.

In der neuesten Ausgabe der ver.di Zeitschrift Publik wird dieser Tarifvertrag in einem doppelseitigen Beitrag, mit vielerlei Zitaten von jungen Beschäftigten, vorgestellt. Da wird eine große Zufriedenheit mit dem Ergebnis vermittelt und sich bescheinigt, ein tolles Ergebnis erzielt zu haben. Auf den ersten Blick mag dies auch stimmen, aber viele Fragen müssen jetzt auf betrieblicher Ebene geregelt werden. Die ganzen Fragen der Mitbestimmung bleiben in dem Tarifvertrag außen vor, z.B. wie hoch wird die Aufstockung zum Anpassungsgeld, wie wird die Weiterqualifizierung bzw. Umschulung

organsiert, wie hoch wird die Abfindung sein für diejenigen die das Unternehmen verlassen usw.

Der Tarifvertrag mit RWE sieht im Einzelnen vor:

- Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen im gesamten Ausstiegspfad
- Materielle Aufstockung des Anpassungsgeldes (80 % des letzten Nettoeinkommens)
- Vereinbarung von Leistungen zu Qualifizierung und der Vermittlung auf alternative Arbeitsplätze
- Keine Kürzung der betrieblichen Altersversorgung
- Regelungen zur Berufsausbildung und Übernahme

Auf den ersten Blick ist hiermit tatsächlich ein sozial verträglicher Ausstieg mit diesem Tarifvertrag erzielt worden, der auch immer von den Gewerkschafter*innen für Klimaschutz gefordert wurde. Allerdings wurde dort auch eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden gefordert sowie eine 100 % ige Lohnsicherung. Was aber besonders wichtig ist, bleibt doch die Frage was demnächst anstelle der Stromerzeugung aus Kohle tritt. Wird es im Rheinischen Revier einen Wind und Solar Park geben, der allen Beschäftigten eine Perspektive gibt? Wird es an allen Kraftwerks Standorten alternative Stromerzeugung geben? Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften müssen sich also intensiv um Alternativen zur fossilen Energiegewinnung kümmern. Wäre es hier nicht angebracht, diese Aufgabe nicht den einzelnen Konzernen zu überlassen, sondern stattdessen eine öffentliche Organisation der Energieerzeugung anzustreben? Die Frage der Energiegewinnung kann nicht unabhängig von der Frage, welche Mobilität wir wollen, gelöst werden. Soll der Öffentliche Personen Nah- und Fernverkehr gefördert werden oder wollen wir in Zukunft 40 Millionen e- Autos auf den Straßen haben, die die Energiesysteme zum Kollaps bringen? Dies sind wichtige gesellschaftliche Fragen deren Lösung nicht den Profit getriebenen Energie- und Automobilkonzernen überlassen werden darf.

Artikel von Helmut Born vom Oktober 2020 im Vorabdruck aus der [SoZ](#) vom November - wir danken beiden!

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [Schulterschluss zum Kohlekompromiss: ver.di und IG BCE fordern tarifvertragliche Regelungen für die Beschäftigten in der Braun- und Steinkohle](#)